

Arbeitskreis „Risikoanalyse & Risikomanagement: Fundamente einer langfristigen Streitkräfteplanung“

Methoden der langfristigen Risikoanalyse in Auslandsnachrichtendiensten

Hans-Georg Wieck

Die Identifizierung von Risiken erstreckt sich auf sicherheitspolitische Gefahren, die der Bundesrepublik Deutschland und in einem allgemeineren Sinne der Europäischen Union insgesamt langfristig drohen, also innerhalb eines Zeitraum von etwa 30 Jahren.

Die Bestimmung dieser Risiken ergibt sich im Wesentlichen aus der Extrapolation und analytischen Fortschreibung der internationalen Entwicklungen, welche die Existenz der Bundesrepublik Deutschland/Europäische Union heute bestimmen:

- Gefährdungen der politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und sozialen Stabilität der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union sowie des geographischen Umfelds (Osteuropa, Mittelmeer, Nahmittelost, Nordamerika) durch zwischenstaatliche, innerstaatliche und nichtstaatliche Konfliktpotentiale
- Konfliktpotentiale außereuropäischen und globalen Charakters (Hegemonialkonflikte)
- Gefährdungen des Welthandels und der Weltfinanzen
- Gefährdungen der Lebensfähigkeit der Erde (Umwelt, Gesundheit) – global, regional;
- Verknappung der Rohstoffreserven

Bei Mittel- und Langfriststudien kooperieren geheime Nachrichtendienste in großem Umfang mit anderen staatlichen Institutionen sowie mit den natur- wie auch geisteswissenschaftlichen Einrichtungen, mit Forschungs- und Entwicklungskapazitäten des Landes und der internationalen Gemeinschaft.

Mit nachrichtendienstlichen Mitteln lassen sich für bestimmte Zeitfenster die Erkenntnisse der Wissenschaften und der nationalen wie auch internationalen Einrichtungen überprüfen – korrigieren, in Frage stellen und verifizieren.

Verschiedene Methoden werden angewendet:

- Arbeitsgruppen von Sachverständigen mit besonderen Erfahrungen (Berufserfahrung; Handlungs- und Gedankenfreiheit)
- Planspiele mit Teilnehmern, die mit einer breit gefächerten Expertise und Handlungs- sowie Gedankenfreiheit über potentielle Konfliktfelder an die Thematik herangehen
- Vorbereitung offizieller Dokumente mit Trendaussagen, z.B. CIA Studie „Global Trends 2015“, ein Dokument, das in regelmäßigen Abständen überprüft und auch veröffentlicht wird.

Die im Jahre 2002 veröffentlichte langfristige Trendanalyse des amerikanischen Geheimdienstes CIA behandelt auf 80 Seiten mittel- und langfristige Tendenzen und Entwicklungen auf folgenden Gebieten:

- Internationale Reaktionen auf die Revolutionierung der Militärtechnologie und –Taktik
- Entwicklung des Nationalstaates
- Demokratisierungstendenzen
- US-Wirtschaftsmacht
- Wandlungen der Verteidigungsindustrien
- Alternative Szenarien für Krieg und andere Konflikte
- Dialog zwischen Wissenschaft und Militär
- Bedrohungs-Technologien der Zukunft
- Informations-Technologien der Zukunft
- Der Mittlere Osten
- Globale Bevölkerungsbewegungen
- Alternative Szenarien der internationalen Entwicklung

In dem zuletzt genannten Abschnitt, der die Hälfte des Dokuments ausmacht, werden alle politischen und regionalen Strukturen behandelt, die ein Risiko darstellen oder darstellen könnten. Gerade dieser Abschnitt, der voller internationaler Dynamik ist, muss selbstverständlich regelmäßig überprüft werden. Der Abschnitt ist aber unverzichtbar. Die US-Perspektivplaner verstehen, dass Konfliktstoffe zwar eine Eigendynamik haben, Konfliktstoffe aber auch von einem „**Beweger**“, von einer pro-aktiven Regierung, von Parteien und einzelnen Staaten aufgegriffen und im Interesse eigener Zielsetzungen politisch und international instrumentalisiert werden können. Der „Beweger“ löst „**Gegenbewegungen**“ aus. Das macht das Wesen von „Geschichte“ und „Perspektive“ aus. „Beweger“ wirken auf der strategischen, der regionalen und der lokalen Ebene - eben so die „Gegenbewegungen“.

Trendaussagen und problem-orientierte Studien müssen historische Gegebenheiten und zeitgeschichtliche Entwicklungen, nach Möglichkeit in wissenschaftlich aufbereitetem Zustand berücksichtigen.

Ergebnisse müssen einem breiten Kreis von Interessierten zur Verfügung gestellt werden. Vertrauliche Zusatzberichte für einen kleinen regierungseigenen Verteiler sind die Regel.

In der Regel sind die Studien auf Aussagen über die nächsten 15 Jahre ausgerichtet.

II. Alternative Methoden und Inhalte strategischer Risikoanalysen für einen Zeitraum von 30 Jahren

1. Bei der Projektion möglicher sicherheitspolitischer Risiken, auf welche Streitkräfte der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und des Nordatlantischen Bündnisses langfristig hin orientiert werden sollten, müssten die **quantitativen and problem-orientierten Risikoanalysen** durch eine **geo-strategische Risiko-Analyse** ergänzt werden. Eine solche Analyse sollte sich auf Untersuchungen historischer Prozesse abstützen und an den Bruchstellen der strategische Situation in und von Europa in den letzten 100 Jahre orientierten.

Eine Reihe von Studien könnte in Auftrag gegeben werden:

- Es wäre wünschenswert nachzuzeichnen, welche Perspektiven die **Zukunftsanalysen nach markanten Brüchen in der europäischen Entwicklung im Laufe des 20. Jahrhunderts** aufzeigten - beginnend mit der Jahrhundertwende (19./20. Jahrhundert), dann nach dem Ersten Weltkrieg (1914-1918), nach dem zweiten Weltkrieg (1939-1945) und schließlich nach dem Ende des Kalten Krieges (1947-1990). Diese Langfristperspektiven sind dann mit den wirklichen Abläufen zu vergleichen.
- Eine weitere Studie müsste die früheren **Zukunftsanalysen überprüfen, die nach einschneidenden technologischen Brüchen** verfasst und angenommen worden waren, z. B. nach Einleitung der Mechanisierung der Streitkräfte Ende des 19. Jahrhunderts, nach Einführung der nuklearen Waffen und der Raketentechnologie am Ende des Zweiten Weltkrieges, nach der Revolutionierung der Transportmöglichkeiten sowie nach Einleitung der Digitalisierung der Kampfführung und der Nutzung des Weltraums.
- Ferner wäre eine Studie wünschenswert, die das **Phänomen der Hegemonialmachtaspirationen einzelner Länder und Völker – verbrämt mit ideologischen oder religiösen oder rassistischen Motivationen – im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts** nachzeichnet und in die Zukunft projiziert.

2. **Zukunftsanalysen dürfen sich nicht auf Quantifizierbares beschränken**, sondern müssen die **geistigen und politischen, auch die religiösen Strömungen** und die **Haltung von Menschen in Machtstrukturen** oder im Ringen um die Macht in einer Zeitperiode und im Wandel der Zeit als Bewegungskräfte ebenfalls erfassen, analysieren und projizieren, Bewegungskräfte, die sich in Führungspersonen oder Kadern manifestieren.

3. Unter den **Rahmenbedingungen** eines globalen, jedenfalls Kontinente und Meere einschließenden Ringens zwischen konkurrierenden **Hegemonialmächten** und den von ihnen geschaffenen oder angestrebten Rechtsordnungen oder zwischen einer Hegemonialmacht und einer Koalition von opponierenden Mächten, die sich dem Herrschaftsanspruch der Hegemonialmacht widersetzen oder die Hegemonialmacht an ihrer Entfaltung hindern wollen, **weisen Risikoanalysen und Regeln für das Risikomanagement enorme Unterschiede** gegenüber einer **Analyse auf, die sich bei der Einschätzung von Gefahren und Risiken auf eine internationale Rechtsordnung des Typs der heutigen Vereinten Nationen abstützt**, in der es natürlich auch zu Konflikten kommen kann, die aber nach internationalen Regeln abgewickelt werden, einschließlich der Bindung militärischer Gewaltanwendung an eine völkerrechtlich relevante Legitimierung.

In dem einen Fall bestimmt die vorherrschende Hegemonialmacht die internationale Staaten- und Rechtsordnung, in dem anderen Fall werden die Normen durch Kompromisse zwischen den Völkerrechtssubjekten in den dafür vorgesehenen internationalen Gremien und Organisationen ausgehandelt und festgelegt.

Die Entwicklung einer solchen internationalen Friedens- und Rechtsordnung ist unter den heutigen internationalen Rahmenbedingungen in erheblichem Umfang davon abhängig, ob es gelingt, ein dem Nordatlantischen Bündnis entsprechendes politisch-militärisches Bündnis mit globalen Einsatzfähigkeiten und mit einem handlungsfähigen Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu entwickeln - ausgehend von den seit 1945 (VN) bzw. 1949 (NATO)

geschaffenen Strukturen. Das schließt strukturelle Reformen nicht nur ein, sondern macht sie unumgänglich.

Europa hat auf dem Felde internationaler Zusammenarbeit eine überregionale Verantwortung, beginnend mit dem Einigungsprozess in Europa nach 1950, und weiter ausgreifend mit der Verrechtlichung der internationalen Beziehungen und Problemfelder im Rahmen der Vereinten Nationen, aber auch in Bezug auf die Anbindung der zur Hegemoniepolitik neigenden USA an die Partnerschaftsregeln des Nordatlantischen Bündnisses.

4. Es ist unbestritten, dass die Vereinigten Staaten heute ihre Interessen in allen Teilen der Welt militärisch verfolgen können. Aber die USA verfügen weder über die finanziellen noch die Personal-Reserven, um den Krieg, den Wiederaufbau und die Transformation des in Frage stehenden Staates (gegenwärtig Irak und Afghanistan) in ein demokratisches, marktwirtschaftlich orientiertes Land zu finanzieren, geschweige denn dies nicht nur in einem Lande, sondern auch in einer ganzen Region zu tun.

Die Bildung von ad hoc Koalitionen ist stets mit großen Risiken behaftet. Das zeigt sich heute deutlich bei der mangelnden Kohäsion der von den USA angeführten ad hoc Koalition im Irakkrieg.

III. Geostrategische Risikoanalyse – Risikomanagement

1. **Allianzen** – zunächst auf temporärer Basis, dann in globale oder regionale permanente Strukturen überführt - bilden sich **gegenüber einzelnen Ländern oder gegenüber einer Koalition**, die – mit welcher subjektiv angenommenen Legitimation auch immer - die „**Weltherrschaft**“ anstreben und aus diesem Grunde auf dem Wege über Pressionen verschiedenster Art die Unterwerfung oder Anpassung von anderen Ländern (Satrapen, Satelliten) an ihr hegemoniales System durchzusetzen versuchen, bis ihre eigenen Ressourcen überdehnt worden sind und das Hegemonialsystem zusammenbricht.

2. Dieses Schicksal erlebte Frankreich unter Napoleon, Großbritannien im ersten und zweiten Weltkrieg, Deutschland unter Kaiser Wilhelm II und unter Hitler, sowie die Sowjetunion unter Stalin und seinen Diadochen.

Erleben die USA dieses „Waterloo“ am Euphrat und Tigris, da sie ohne eine allgemeine kriegsbedingte Mobilisierung nicht über genügend finanzielle und Humankräfte verfügen, um die Stabilität im Irak und darüber hinaus in Afghanistan herzustellen und zu gewährleisten, die zur Entwicklung glaubwürdiger politischer Eigenständigkeit eines neuen Irak und eines unabhängigen Afghanistan in der Anfangsphase notwendig ist?

3. Da die finanziellen und die Human-Reserven der USA beschränkt sind, würde ein Versuch der USA, die Weltherrschaft zu erringen, das gleiche Schicksal erleiden müssen wie es im Falle der hier angesprochenen anderen historischen Beispiele geschehen ist. Der Historiker Paul Kennedy hat dies schon vor mehr als einem Jahrzehnt wissenschaftlich dokumentiert. Angesichts ihrer technischen militärischen Potentiale haben die USA derzeit keinen militärisch relevanten Herausforderer. Aber die USA haben doch nur ein Drittel des Wirtschaftspotentials der Welt zu ihrer Verfügung und in noch viel geringem Masse Zugriff auf die Personalpotentiale der Welt. **Um als Hegemonialmacht bestehen zu können, müssten die USA dauernd und nachhaltig die Kontrolle über die ihnen heute nicht zu Gebote stehenden finanziellen und Humanpotentiale gewinnen.**

4. Wer in einer nicht hegemonial beherrschten Welt finanzielle Mittel und Humanpotential zu einem internationalen Krisenmanagement beisteuern soll, wird auf eine solche Forderung, z.B. in Verbindung mit der Irak-Krise, mit dem Beispiel der „**Boston Tea Party**“ am Vorabend des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges mit Großbritannien im 18. Jahrhundert antworten: Damals ging es um die Besteuerung von Tee und die fehlende Mitwirkung der britischen Kolonien in Nordamerika an der Entscheidung des britischen Parlaments über die Erhebung der Steuer. Unter den heutigen Bedingungen bedeutet es, dass Länder, die zur Finanzierung des Wiederaufbaus von Irak herangezogen werden sollen, mit dem Hinweis antworten, dass sie über die Kriegsentscheidung hätten mitbestimmen müssen und nicht erst zur Tilgung der finanziellen Lasten des Krieges und des Wiederaufbaus herangezogen werden wollen. Hier zeigt sich auf der internationalen Ebene deutlich Widerstand gegen das Verhalten der USA als Hegemonialmacht, zumal der Kriegsgrund nicht eindeutig war und ist.

5. Die USA sind als Partner des Nordatlantischen Bündnisses oder als quasi Weltmacht mit einer temporären Koalition einzelner Staaten derzeit in der Lage, gegenüber einem Weltmachtaspiranten, beispielsweise China, Indien oder Russland, eine geostrategische Lage herbeizuführen, in der sie einem solchen globalen „Herausforderer“ Erfolg versprechend die Stirn bieten und dafür Sorge tragen können, dass die Lasten der Verteidigung in einer solchen Konfliktsituation angemessen zwischen den Koalitions- oder Allianzpartnern geteilt werden.

Die Situation kann sich in Zukunft ändern, und zwar dann, wenn das internationale Ansehen der Vereinigten Staaten so beschädigt bleibt, wie das derzeit wegen des Irak-Krieges der Fall ist, und wenn die USA für sich selbst die Position des Welt-Hegemons im 21. Jahrhundert anstreben. (vgl. Demetrios James Caraley, Herausgeber, „The Future of American Hegemony – Preventive War, Iraq, and Imposing Democracy“, Verlag The Academy of Political Science, New York, 2004)

IV. Mittel- und Langfristige Krisenanalyse und Krisenmanagement im Lichte der heutigen geopolitischen Lage – aus der Sicht der Europäischen Union im Allgemeinen und Deutschlands im Besonderen

Ergebnisse

- **Deutschland und Europa müssen die Aspirationen jeder beliebigen Macht - seien es die USA oder China, Indien, Japan oder Russland - auf Herstellung einer globalen oder regionalen Hegemonialmacht als das größte Risiko für ihre Sicherheit und Freiheit ansehen.**
- **Im Falle des Obsiegens solcher Hegemonial-Aspirationen würden Europa und damit auch Deutschland ihre Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und die gestalterische Kraft für die Entwicklung einer konsensualen, also einer nicht durch eine Hegemonialmacht geschaffenen internationalen Völkerrechtordnung einbüßen.**
- **Die politische Einigung Europas und das Bündnis auf partnerschaftlicher Grundlage mit den USA im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses sind das wirksamste Mittel für ein erfolgreiches Krisenmanagement in der zentralen Frage der Unabhängigkeit und gegenüber Krisenherden in beliebigen Teilen der Welt.**

- **Im europäischen Kontext – außer im Falle einer Verschlechterung der Sicherheitslage gegenüber Russland - kann die Europäische Union auf absehbare Zeit die Hauptverantwortung und Hauptlast von Maßnahmen zur Behebung von Konfliktsituationen und zur Förderung von Demokratie, der Geltung des Rechts und der sozialen Marktwirtschaft tragen (z. B. Kosovo).**
- **Die geostrategische Konstellation der transatlantischen Partnerschaft kann zu einer völkerrechtlichen Weiterentwicklung der internationalen Ordnung unter dem Gesamt-Mandat der Vereinten Nationen führen.**
- **Angemessene Verteidigungsmittel sind als Grundlage der Glaubwürdigkeit unverzichtbar. An diesen Streitkräften fehlt es derzeit in erheblichem Umfang in Europa. Dieses Defizit kann nur mittelfristig beseitigt werden. Dazu bedarf es eines Wandels in der vorherrschenden politischen Mentalität in weiten Teilen Europas.**
- **Es widerspräche der Natur des Nordatlantischen Bündnisses, es zu einem Instrument der US-Hegemonialmacht zu degenerieren.**
- **Diese situations- und perspektivgerechten Ziele des Krisenmanagements in Europa müssen im Lichte der tatsächlichen Entwicklung im Abstand von ein bis zwei Jahren überprüft werden. Eine entsprechende Korrektur der einzuschlagenden Politik ist dann die notwendige Folge, um den Zielen unter veränderten Rahmenbedingungen gerecht werden zu können.**
- **Streitkräfte lassen sich nicht für einen Zeitraum von dreißig Jahren im Voraus planen, da die „Beweger“ und deren Macht-Konstellationen nicht für einen so langfristigen Zeitraum vorausberechnet werden können. Trends und Probleme lassen sich prognostizieren, mögliche Konfliktfelder ebenfalls, aber nicht die machtpolitischen Konstellationen und Allianzen. Das ginge allenfalls unter den Bedingungen einer bestehenden, und in den Grundpositionen ausgehandelten und nicht wesentlich veränderbaren „internationalen Rechtsordnung“.**

Berlin, 2005